

Posener Zeitung.

Nº 70.

Sonnabend den 23. März.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Einladung d. Königs zum Treubundfest; d. Deutsche Industrie u. d. Auswanderungsfrage; Abberuf d. Preuß. Gesandten aus Stuttgart; Österreich. Pläne auf Sprengung d. Zollvereins; Entschlüsse d. Köln. Bzg.; gegenwärt. Stand d. Schlesw.-Holst. Frage; Bischofs Generals-Bzg.; Jüdische Centralbehörde); Breslau; Erfurt (tel. Dep.: Eröffnung d. Parlaments); Düsseldorf (tel. Dep.: Urteil d. Maiangekl.); Frankfurt (Eindruck d. Pariser Wahlen auf d. Börse; Einmischung d. fremd. Diplomaten in d. Deutschen Angeleg.; Jubel unter d. Großdeutschen).

Österreich. Wien (tel. Dep.).

Schweiz. Bern (Fortschaff. d. Flüchtlinge); Freiburg.

Frankreich. Paris (Reform d. Strafanstalten; Aussöhnung des Präsid. mit d. Führern d. Majorität; Organis. d. Europ. Demagogie; tel. Dep.).

England. London (Opposit. geg. d. Aufheb. d. Statthalterchaft in Irland; d. Zehn Stundenbill; Interpell im Oberh. üb. d. Griech. Angeleg.).

Dänemark. Kopenhagen (Denkmal für Oehlenschläger).

Spanien. Madrid (General Cordova).

Locales. Posen (Schwurger.); Aus d. Bütter Kr.; Birnbaum;

Fions; Bromberg; Aus d. Mogilnoer Kr.

Zur Chronik Posens.

Musterung poln. Zeitungen.

Berlin, den 22. März. Se. Majestät der König haben Allergräßt geruht: Dem Wegewärter Fischer im Regierungs-Bezirke Minden das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Herzoglich Nassauische Präsident Vollpracht ist nach Erfurt abgereist. — Se. Exzellenz der Wirkliche Geheime Rath Graf von Dönhoff ist, von Königsberg in Pr. kommend, nach Erfurt hier durchgereist.

Deutschland.

○ Berlin, den 21. März. Gestern hatten mehrere Minister mit dem König eine Besprechung. Das Ergebnis derselben war der Beschluss: den Preußischen Gesandten in Stuttgart, Herrn von Sybow, sofort abzuberufen. Eingegangenen Briefen aus Wien zufolge wird der Geh. Regierungsrath Delbrück in den nächsten Tagen hier eintreffen, nachdem er die Überzeugung gewonnen, daß von seinen Bemühungen kein Erfolg zu erwarten ist. Es scheint Österreich weniger um Aufbahrung einer Zolleinigung, als vielmehr um Sprengung des Deutschen Zollvereins zu thun. Wie schon aus der Thronrede des Königs von Württemberg zu sehen war, erklärt sich Österreich mit dem Bairischen Entwurf einverstanden. Gestern ist die hierauf bezügliche Eröffnung hier eingetroffen. — Herr Vorfig hat in der That 191 Arbeiter entlassen, weil sie am 18. März nicht arbeiten wollten. Die Ausländer von ihnen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist eine Beschäftigung nachweisen können, müssen Berlin verlassen. Mehrere von denen, welche am 18. März gearbeitet haben, sind konservativen Vereinen beigetreten, indem sie durch dieses Verhalten mit der Demokratie zerfallen sind. — Der Central-Verein der konservativen-konstitutionellen Partei wird am 23. d. eine Sitzung haben, um über die Umänderung der Organisation seiner Partei in Übereinstimmung mit dem Vereinsgesetz Beschlüsse zu fassen. Die Aufforderung des Centralausschusses: die konservative Partei möge den Wahlen für die Gewerberäthe die gebührende Aufmerksamkeit widmen, hat den günstigsten Erfolg gehabt; es sind neuerdings zahlreiche Anmeldungen zur Wahl beim hiesigen Magistrat erfolgt.

○ Berlin, den 20. März. Am 17. März begab sich eine Deputation des Treubundes mit Gott für König und Vaterland zu Seiner Majestät dem Könige nach Charlottenburg, um denselben die Bitte vorzutragen, das Fest, welches der Treubund zum Geburtstage des Prinzen von Preußen am 20. veranstaltet, durch seine Gegenwart zu verherrlichen. Ein leichtes Unwohlsein hielt Se. Majestät ab, die Deputation zu empfangen; dieselbe ließ nun durch den Prinzen von Groy ein Schreiben überreichen, worin sie ihre Bitte ausgesprochen. Hierauf erging nun heut folgende Antwort an den Treubund: "Ich erkenne, wie Ich dem Komite des Treubundes auf seine Gingabe vom 17. d. M. eröffne, in der Veranstaltung einer Vorfeier für den Geburtstag Meines Bruders, des Prinzen von Preußen, einen neuen Mein Herz erfreuenden Beweis der schon bewährten treuhänglichen Gesinnung des Treubundes an Mein Haus. Indem Ich Mir vorbehalte, dem Komite einen Beitrag zu den wohltätigsten Zwecken zu übersenden, für welche der Ueberschuz der Einnahme dieses Festes bestimmt ist, spreche Ich Mein Bedauern darüber aus, daß Ich verhindert bin, aus diesem Fest zu erscheinen, und versichere die Mitglieder des Treubundes Meiner Huld und Anerkennung." Charlottenburg, den 20. März 1850. Friedrich Wilhelm.

○ Berlin, den 20. März. Bei der Auswanderungsfrage ist einer der wichtigsten Punkte, die in's Auge zu fassen sind, die Deutsche Industrie. Man hat es in Abrede gestellt, daß für sie ein Vortheil entspringen könnte aus einer geregelten Deutschen Colonisation. Dem gegenüber spricht sich der Rechenschaftsbericht des Berliner Vereins zur Centralisation Deutscher Auswanderung und Colonisation sehr belehrend aus. Der Haupteinwand, der gemacht wird, besteht darin, daß man sagt, die Colonisten kaufen nicht vorzugsweise von ihren Landsleuten, sondern von demjenigen, der ihnen die Ware am billigsten liefert. Da dies nun auf den überseeischen Märkten die Engländer und Nordamerikaner sind, so werde diesen der neue Markt zusallen und der Deutsche umsonst gearbeitet haben. Indes der Satz, daß eine Bevölkerung immer dort kaufen werde, wo sie am billigsten kaufen, ist volkswirtschaftlich nur richtig, wenn er richtig verstanden wird. Zu ganz falschen Resultaten würde man gelangen, wollte man dabei die Begriffe der "Billigkeit" durch den "Geldpreis der Waare" feststellen. Derselbe ist vielmehr nur der eine Faktor. Der andere, eben so wesentliche, ist der Preis derjenigen Produkte, womit die Kaufende Bevölkerung die Waaren bezahlt. Wenn also z. B. die Colonisten auch wirklich die Manufakturwaaren von den Engländern um 2% billiger als von den Deutschen erhalten, leistete ihnen aber für ihre Bedürfnisse an Colonialprodukten 4% mehr als die Engländer zu geben

vermächten, so wird der Handel sich notwendig mit den Deutschen reguliren und die Engländer werden vom Markt ausgeschlossen bleiben. Schon bei Festhaltung dieses Moments, in Verbindung mit einer genauen Prüfung der Handels- und Zollverhältnisse, ergibt sich das Resultat, daß der Deutsche Handel, sobald er es nur einigermaßen richtig anzufangen weiß, in den meisten wesentlichen Industrieartikeln die Englische und Nordamerikanische Konkurrenz nicht zu scheuen hat. Ist doch die Deutsche Industrie schon jetzt auf dem Punkte angelangt, daß manche Waaren von Engländern, Nordamerikanern und Franzosen in Deutschland befestigt und gekauft, dann in jene Länder ein-, und sodann als Englisches, Amerikanisches und Französisches Fabrikat wieder ausgeführt, ja sogar teilweise nach Deutschland in die eigentlichen Ursprungsländer zurückgeführt werden. So bekanntlich die Remscheider Stahl- und die Elberfelder und Kreisfelder Seidenwaren. Von den letzteren geht eine große Quantität sogar nach Lyon und kommt als Lyoner Waare mit einem Zoll von 100% nach Deutschland zurück. Das ist Beweis genug, daß unsere Handelsindustrie noch nicht auf der richtigen Höhe ist, daß sie nicht bejogen und unsichtig genug gehandhabt und ausgebeutet wird. Geht man aber näher auf die Ursachen ein, so kommen ganz wunderliche Gründe zu Tage. So z. B. hat der Handelsstand der Ostseehäfen längst anerkannt, daß bei vielen Gegenständen ein direkter Handel mit den überseischen Ursprungsländern viel lohnender und für das Vaterland ungleich vortheilhafter sein würde, als der jetzt bestehende indirekte über England oder Holland. Als Grund aber, daß dies nicht abgeändert wird, hört man, daß die Rheederei würde ruiniert werden, und hierfür wird wiederum zur Begründung angeführt, daß die bisherigen Seeschiffe mit wenigen Ausnahmen entweder nur für kurze Reisen oder zu schwäblich gebaut und ungetupft gelassen werden, für transatlantische Reisen daher nicht zu gebrauchen sind, daß deshalb bei einem direkten Handel diese Schiffe nichts verdienen können und so in der That deren gegenwärtige Besther zu Grunde gerichtet sein würden und daß aus diesem Grunde die meisten Ostsee-Reder in ihrem Interesse, so viel sie nur können, gegen jeden direkten Handel agitieren. Dazu kommt Deutscher Bequemlichkeitshang, Kapitalmangel. Das hindert viele Handlungshäuser, ihre einmal bestehenden Verbindungen in England oder Holland abzubrechen und ihre Commanditen aufzugeben, um in den Ursprungsländern neue anzuhüpfen, resp. zu errichten. Bei den im Allgemeinen unternehmenderen Nordseehäfern bringt es überdies das Privatintereße gerade der mit dem Auswanderungstransporte sich befassenden mit sich, daß derselbe nach denjenigen Ländern hin erfolge, mit denen bereits lebhafte Handelsverbindungen bestehen, also namentlich nach Nordamerika, indem sie dadurch am ehesten auf lohnende Rückfracht rechnen können.

Berlin, den 20. März. Die "Entschlüsse" der Kölnischen Zeitung, welche, wie die Rat. Bzg. vermutet, ihr durch den früheren Reichsminister, Hrn. Detmold selbst zugegangen, und die Runde durch alle Zeitungen machen, bestehen in dem folgenden, ihr zugegangenen Schreiben:

Hannover, den 15. März.
Leider ist das Wort Detmold's in dem geheimen Berichte, welchen ich Ihnen neulich einhandte, daß die Erfurter Wahlen eine unerhörte Gleichgültigkeit zu Tage gefördert haben, so wahr, daß man sich schäme, irgendwie auf die öffentliche Meinung einzuwirken zu wollen. Die Regierungen haben jetzt noch ihr Spiel, und sie scheinen, so lange sie es haben, nur nach ihren eigenen Regeln fortspielen zu mögen. Dennoch ist bei den Verhandlungen, so zu München gepflogen wurden, zu viel Lächerliches und Verrätherisches mit untergelaufen, als daß ich mich enthalten könnte, den Gang derselben aus autentischen Quellen kurz zu berichten — ob vielleicht das Lachen und hernach der Zorn einer gemütsbrauchten Nation nach solchen Belehrungen sich Gehör zu verschaffen suchen möchte.

Die Sächsische Regierung kann sich das Verdienst zuschreiben, zu der Wiederannahme der gegen-Preußischen Unterhandlungen den Anstoß gegeben zu haben, wie sie auch durchweg am Lebhaftesten gedrängt, am Unbedingtesten jeder noch so bedenklichen Forderung Österreichs sich angeschlossen hat. Hr. v. d. Pförtchen benutzte die Anwesenheit des Sächsischen Ministers v. Beust (im Oktober 1849), um das Werk in Anregung zu bringen, und Knesbeck, der Hannoversche Geschäftsträger in München, erhielt kurze Zeit darauf den Befehl, sich, vorläufig zwar nur als Privatmann, an den Konferenzen zwischen Bayern und Sachsen (Pförtchen und Hohenlohe) zu beteiligen. Noch war Hannover nicht geneigt, rücksichtslos auf diesen Weg einzugehen; eine Verfügung des Ministeriums vom 6. Januar 1850 spricht noch (wer sollte es glauben!) von Verpflichtungen an das Bündniß vom Mai 1849, und erklärt, sich erst von demselben trennen zu wollen, wenn die Bayerische Regierung ihre im Mai und Juni des vorigen Jahres zurückgewiesenen Propositionen noch einmal in Berlin vorgelegt hätte und dieselben noch einmal abgelehnt seien würden. Allein v. d. Pförtchen erwiederte mit einem emphatischen Nie! Nie! und Graf Platens in Wien läßt sich leicht überzeugen, daß die damaligen Propositionen jetzt gar nicht mehr zweckmäßig seien und Bayern sie, schon um Österreich nicht zu beleidigen, gar nicht mehr erneuern dürfe: Hannover möge bedenken, daß ein längeres Zaudern seine und Sachsen's unabhängige Stellung gefährden könnte. Allen diesen Aufforderungen, so wie der barschen Ungeduld des Königs Ernst August, konnte Stüve und Genossen nicht länger widerstehen, und bereits am 17. Januar fanden sich Hannover und Sachsen beim Königl. Bayerischen Staatsmann, gehörig mit Instruktionen versehen, ein. Auch Württemberg war zugegen, doch ohne Instruktionen: "Wir Schwaben sind vorsichtig!"

In weniger als drei Stunden ward an jenem deutwürdigen 17. Januar das ganze deutsche Verfassungswerk vollendet — oder nein! es wäre vollendet worden, wenn nicht die "vorläufigen Zusagen" Österreichs hinterher recht störende Abänderungen erlitten hätten. Hören wir nur die Protokoll-Beschlüsse vom 17. Januar: "Das Direk-

torium sollte aus sieben Mitgliedern bestehen (Verteilung, wie bekannt). Die kleineren Staaten haben die Wahl der Stimme, durch welche sie sich im Direktorium vertreten lassen, mit der Einschränkung, daß Staaten, welche durch agnatische oder sonstige erbrechtliche Verbindung in Beziehungen zu einander stehen, in Eine Gruppe vereinigt werden, wobei es jedoch freisteht, in einzelnen berücksichtigungswürdigen Fällen Ausnahmen (besonders auch mit Rücksicht auf die geographische Lage) einzutreten zu lassen." Die eingeklammerten Worte hatten Bayern und Sachsen dem Hannoverschen Geschäftsträger vorgeschlagen, um dadurch besonders Oldenburg und Bremen den Staat anzudeuten, der ihre Unterwerfung entgegenzunehmen bereit sei. Der Zusatz wurde übrigens später zurückgenommen; denn Hr. v. d. Pförtchen wagte es nicht, von geographischen Verhältnissen etwas zu erwähnen, weil er fürchtete, die kleineren Staaten würden darin Mediatisierungs-Pläne finden (Bericht von Knefesbeck's vom 6. Februar). Für das Staatenhaus tritt der Bayerische Staatsweise lebhaft in die Schranken. Zwar will Österreich durchaus nichts von der "Errichtung eines solchen Instituts" wissen — höchstens so, daß jeder Staat durch Einer an Institutionen gebundenen Repräsentanten vertreten wäre, und dessen Stimme schwer wiege, als es Art. VI. der Bundesakte für den weiteren Ausschluß der einzelnen Staaten festsetzte. Das ist aber Hr. v. d. Pförtchen gar zu stark; im Gegenteil erinnert er ein höchst weises Prinzip, daß "im Direktorium die größeren Staaten, im Staatenhause die kleineren, im Volkshaus besonders das Volk, seine Vertretung finde." Natürlich hat er, wie jeder große Erfinder einer neuen Idee, die härtesten Anfechtungen erleiden müssen, bis er es zuletzt wehmütig aufgibt. Das Volkshaus soll in bekannter Weise aus drei Gruppen, jede zu 100 Abgeordneten, bestehen. Man hofft Österreichs Halsstarrigkeit zu überwinden, welches (Worte des Fürsten Schwarzenberg) entweder gar nicht oder mit der ganzen Monarchie, mit Einfluß der Italienischen Provinzen, beizutreten verlangt. Hr. v. d. Pförtchen begebt hierbei die unglaubliche Thorheit, für den Ausschluß Italiens die Verfaßung von Kremsier zu citiren, worin den Italienischen Provinzen ein besonderes Statut versprochen wird. Nachdem dann noch ein Bündesgericht (von 21 Richtern) beschlossen ist, beräth man die formelle Behandlung der Sache. Die Königl. Regierungen begehen lebhaft, daß Österreich die Vorlage der neuen Verfaßung an Preußen u. s. w. für sie übernehmen möge.

Erst am 21. Januar erhielt Graf Degenfeld seine Instruktionen aus Stuttgart, welche sich gegen den Ausschluß irgend einer österreichischen Provinz äußerten, dagegen aber die auffallenden Vorschläge enthielten, das Volkshaus direkt aus dem Volk gewählt werden, und das Staatenhaus vielleicht auch zur Hälfte aus Ständen-Abgeordneten bestehen. Im Übrigen war die reizendste Nebenbestimmung, die Gefandten Ein Herz und Eine Seele. Doch wie ein Donnerschlag erschreckte sie die Antwort Österreichs, die nicht lange auf sich warten ließ. Fürst Schwarzenberg verlangte, daß die vier Könige unter sich ihr Werk vollenden möchten, und es dann durch eine Collectiv-Note in Wien und Berlin zur Annahme vorlegen sollten — ein Staatenhaus will er nun und niemehr dulden — das Volkshaus soll auf 240 reducirt werden (300 hielt er stets für "gefährlich und unpraktisch") — Bericht Graf Platens vom 22. Januar). — die Annahme des ganzen Kaiserstaates macht er zur Conditio sine qua non — schließlich darf von keiner Vereinbarung die Rede sein. Welchen Eindruck diese Forderungen auf den hannoverschen Geschäftsträger hervorbrachten, beweist Herrn Detmolds Bericht vom 4. Februar und Stüves Rücktritt von den Unterhandlungen, kurz vor ihrem Abschluß. Beide haben hierbei die härtesten Kämpfe mit Sr. Majestät zu bestehen gehabt. Allerhöchsteselben geruhten, dem Freiherr von Knesbeck Recht zu geben, welcher die rücksichtslose Annahme jener Vorschläge anries, und noch mehr den Königen von Sachsen und Bayern, welche in eigenhändigen Briefen um sofortige Absezung des widerspenstigen Herrn Stüve baten. Allerhöchsteselben waren auch entschlossen, den bürgerlichen Herrn Minister davon zu jagen — kann noch immer geschehen! Wie muß der Bürgermeister von Osnabrück diese österreichische Vorschlag verwünscht haben! Alles scheint im besten Gange zu sein. So sicher war er seines Erfolges, daß er, eben so wie das sächsische Ministerium v. Beust, seine Gesandten beauftragt hatte, in einer Note von Bayern die offizielle Erklärung zu fordern, ob es in Berlin seine alten Vorschläge neu proponieren wolle oder nicht — um nämlich die natürlich verneinende Antwort Bayerns als Vorwand zum Rücktritt vom Mai-Bündniß zu benutzen (s. sächsische Note an den Grafen von Hohenlohe vom 28. Januar). Und als er die Antwort hatte, war er auch ausgetreten.

Ganz anders bei Sachsen. Da brachte, (wie die Altenküche beweisen) die Erklärung Österreichs keine Erschütterung, weder der Vertrauen des Herrn v. Beust, noch der guten Verhältnisse zwischen ihm und dem König, hervor. Nur gerban, was Österreich fordert — oder wir bekommen Erfurt auf den Hals. Und Herr von der Pförtchen hatte ja, als der Wille des Fürsten Schwarzenberg bekannt wurde, pathetisch, wie er es gewohnt ist, ausgerufen: "Mein Gott! diese Propositionen enthalten so viel, daß Deutschland vor drei Jahren sich's nicht hätte träumen lassen!" Wir können uns biernach leicht genug vorstellen, was die einzige in der "Nebenkunst" vom 27. Februar vorhandene Abweichung von den österreichischen Forderungen zu bedeuten habe; ich meine die letzten Worte "zur Vereinbarung vorgelegt." Sie sind ein Körner, hingeworfen, mit dem Abicht, ihn bald wieder zurückzuholen, sobald er die Thörheiten verlost haben wird, — der einzige Körner an die Nation, und ein betrügerischer. Wie, mein Herr Fürst Schwarzenberg! Sie sollten in Wirklichkeit von so bestimmten Ansichten abgegangen sein, wie Sie sie noch am 22. Januar 1850 hegten? Haben Sie nicht in jenen Tagen dem Grafen von Platen Ihr Herz geöffnet, ihn nicht versichert, das das k. k. Österreich niemals eine Vereinbarung zugeben werde, — Ew. Durchlaucht hätten einen wahren Abscheu vor irgend welcher Constituante? „Schwer zu beschreiben

Das Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Thlr., für ganz Preußen
1 Thlr. 7 Sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltenen
Zeile.

ist das Gebahren der vier Regierungen bei diesem Geschäft. Sie machen eine gar zu pubige Figur! Bald wird Württemberg „disfiliert“, bald fragt ein Hof über die nicht hinreichend offene Handlungsweise des anderen, bald zittert dieser oder jener Bevollmächtigte vor den Phantomen der „deutschen Nation“ oder „Verheißen“ — und auf allen deutet, wie ein Alp, das unheimliche Bewußtsein, das eigentlich doch mit ihrer Idee gar nichts anzufangen sei. Doch wozu aus den Verhandlungen hiefür Stellen anführen? Kann die Thatsache besser, schlagender bewiesen werden, als durch das große, doppelte Ergebnis derselben: — den Entwurf vom 27. Februar und den Rücktritt Hannovers?“

Berlin, den 21. März. (Berl. N.) Der Minister von Manstein hatte, vor seiner vorgestern erfolgten Abreise nach Erfurt, eine Konferenz mit Gen. Simson. Der Minister hat, dem Vernehmen nach, seinem Freunde, dem einflussreichen Abgeordneten für Königsberg, namentlich dargethan, wie man alle kleinklichen parlamentarischen Gefechte in Erfurt vermeiden, der Regierung, die, wie Hr. v. Manstein wiederholt versicherte, nicht abgehen würde von dem betretenen Wege, eine Unterstüzung gewähren möge, die sie bei ihrem treuen und ernsten Festhalten an dem Bundesstaate wohl verdient zu haben glaubt. Man möge in Erfurt nicht um Einzelnes rechten, wo es gelte, das Ganze zu erreichen. — Das „Correspondenz-Bureau“ läßt sich über den gegenwärtigen Stand der Schleswig-Holsteinschen Frage unter Anderem, wie folgt, vernehmen: So erwünscht und angemessen für den Abschluß eines dauerhaften Friedens es auch erscheine, wenn Preußen dem übermütigen Dänemark noch einige Schläge beibrächte, so könnten wir doch bei der gegenwärtigen Sachlage nicht darauf hoffen. Die preußische Regierung ist bemüht, für die Herzogthümer zu erreichen, was irgend möglich. Man ist sehr im Freihume, wenn man einer Seite des Cabinets Antipathien gegen die Sache der Herzogthümer zuschreibt. Selbst in der leitbestimmenden Instanz haben Antipathien gegen die Sache Schleswig-Holsteins nie das Uebergewicht gehabt. Die Schilddungen des Gen. v. Rauch, der lecke Uebermuth Dänemarks haben gerade an dieser Stelle den Herzogthümern gewiß keinen Schaden gebracht. Auch das Auftreten Russlands und Österreichs in dieser Angelegenheit wird von verschiedener Seite falsch geschildert. Österreich, das sich bisher wenig in den Streit der Herzogthümer mit ihrem Souverän gemischt hatte, führte, als es sich überhaupt offiziell in die Angelegenheit mischte, eine sehr deutschgeführte Sprache, ja es ist nicht zu viel behauptet, daß das Drängen nach einem definitiven Friedensabschluß Seitens Russlands nicht ohne Einladungen von Wien aus, von denen sogar die Preuß. Regierung unterrichtet gewesen sein soll, geschehen ist. Russland hat die Gelegenheit gern benutzt, um nicht Lord Palmerston allein in Schleswig den Vermittler spielen zu lassen. — Der Ober-Präsident der Provinz Posen, Hr. v. Beurmann, hat auf das Neue dringend um die Entlassung aus seiner bisherigen Stelle nachgefragt.

— Die beiden Söhne der verstorbenen Prinzessin Louise von Preußen und des Fürsten Radziwill sind auch in letzter Instanz mit ihren Ansprüchen an den reichen Nachlaß des verstorbenen Prinzen August zurückgewiesen worden. — Die seit Kurzem von dem Stadtrath Risch herausgegebene „Gewerbe-Zeitung“ dürfte um so mehr ein größeres Interesse erregen, als Herr Risch durch seine amtliche Stellung im Magistrat, so wie durch seine langjährige praktische Thätigkeit in gewerblichen Verhältnissen stets im Besitz eines sehr reichen Materials und dadurch im Stande ist, einer andern hier erscheinenden ähnlichen, aber gegen den Magistrat oppositionellen Zeitung, fünfzig entgegenzutreten. Die bereits erschienenen Nummern der Zeitung liefern thatsächliche Beweise, wie sehr Hr. Risch in allen gewerblichen Verhältnissen informirt ist. — Bekanntlich sandte die hiesige Kaufmannschaft drei Sachverständige im verschloßenen Jahre nach Paris, um die dortige Industrie-Ausstellung in Augenschein zu nehmen und über dieselbe Bericht zu erstatten. Dieser Bericht ist jetzt gedruckt und wird an die Mitglieder unserer Börse vertheilt. — Von conservativer Seite ist man gegenwärtig bemüht, eine Association von Arzten und Arbeitern zum Zwecke der Bildung eines conservativen Gesundheitspflegevereins nach dem Beispiel eines schon seit längerer Zeit in sehr ausgedehnter Wirksamkeit bestehenden demokratischen Vereins dieser Art herzustellen. — Zu den Vorlehrungen, welche am 18. März Seitens des Polizei-Präsidiums getroffen waren, gehörte namentlich die Aufstellung von Schutzmännern vor den Druckereien und Buchhandlungen, die besonders Produkte der demokratischen Presse liefern. So waren vor zwei Buchdruckerei je zwei Schutzmänner postiert, welche die aus diesen Häusern mit Packeten kommenden Leute inspizierten. Schon am Morgen des 18. März wurde in dieser Art ein Vorte, der aus einer Buchhandlung trat, angehalten und seine mit Zeitschriften gefüllte Mappe von den Schutzmännern durchsucht, derselbe jedoch, da man nur die Urwähler-Zeitung darin fand, ohne Weiteres entlassen. Am Mittage jedoch wurde der Haussknecht des Buchhändlers Löwenberg, als er aus dem Hause, in welchem eine solche Buchdruckerei sich befindet, mit einem Packete, in dem die ersten Exemplare eines für diesen Tag besonders fertiggestellten Gedichts, betitelt: „Rückblick und Hoffnung am 18. März“ enthalten waren, fand, angehalten, zur Wache und demnächst zur Stadtvoigtei geführt, hier vernommen und die Exemplare mit Beschlag belegt, ihm jedoch ein Befehl zu diesen Handlungen nicht vorgezeigt. Eben so erging es einem Burschen, der am Nachmittage mit der zweiten Lieferung dieses Gedichts aus der Druckerei kam. Beide Personen wurden jedoch nach einer 2 Stunden wieder entlassen, die Exemplare des Gedichts aber zurückbehalten.

Berlin, den 21. März. (St.-Anz.) Das Amtsblatt des Königl. Post-Departements enthält die Instruktion für das zweite Examen der Post-Beamten.

— Der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde hat den sehr zeitgemäßen Gedanken gefaßt, eine oberste jüdische Central-Behörde für den Preußischen Staat zu bilden, welche aus Wählern sämmtlicher, bei dem Unternehmen sich betheiligender, Gemeinden hervorgehen, und die Normen für die Liturgie, so wie für die Ausbildung der Rabbiner, Prediger und Lehrer in konsultativer Form angeben, gleichzeitig aber auch, der Regierung gegenüber, ein sachkommissarisches Organ für alle jüdischen Kultus- und Religions-Angelegenheiten sein soll. In einem an sämmtliche jüdische Gemeinden demnächst zu erlassenden Rundschreiben äußert sich der hiesige Vorstand u. a.:

„Ein solches Centrum wird der Regierung ein willkommenes Organ sein, da es ihr die Bürgschaft einer einfachen und sachgemäßen Darlegung fraglicher, jüdischer Verhältnisse bietet, die Verständigung der Differenzen und Zweifel leichter vermittelst, und die nächstliegende Konsequenz der Gleichberechtigung der Kulte, so wie die mindeste, wird eine Anerkennung einer solchen Behörde als einer offiziellen sein. Ohne einer solchen Behörde etwa eine ausschließliche Ge-

walt, eine Suprematie, beilegen zu wollen, wird sie dem schwankenden Zustande, in dem sich zur Zeit alle unsere Angelegenheiten finden, eine unwillkürliche Anziehungskraft üben, und für eine Ordnung und Begründung die wirksamsten Antriebe geben können. Mit ihr werden die Vorstände der Gemeinden, die Rabbiner, Prediger, Schul-Direktoren in allen fraglichen Angelegenheiten, Synagoge, Schule, Gemeinde betreffend, gern in Korrespondenz treten, und nächst der Verständigung wird es gewiß ein hoher Gewinn sein, wenn das, durch solche Gründung klar Gewordene ein Organ findet, das es in weitere Kreise tragt und dort zur Geltung bringen kann. Die Leitung des Schulwesens, die Feststellung des für das religiöse Wissen der Jugend Röthigen, die Förderung der Ausarbeitung zweckmäßiger Bücher für den jüdischen Unterricht, die Vorbereitung wenigstens von einem Studienplane für die der jüdischen Theologie Beschlissen, denen zunächst eine geordnete Anleitung und Gelegenheit zur Aneignung des talmudischen Wissens gewährt werden muß, — die Prüfung der Lehrer in Bezug auf deren Befähigung für die jüdische Schule, — diese Gegenstände würden den Kreis der von einer solchen Behörde dem Schulwesen zuzuhwendenden Sorge bilden. In Bezug auf die Synagoge wird die Gestaltung und Ordnung der Liturgie, die Feststellung angemessener Statuten für das äußere Wesen derselben durch eine Central-Behörde am besten besorgt werden. Sie wird durch Correspondenz mit den bewährtesten Männern des In- und Auslandes, mit Rabbinern und Vorständen die schweden Fragen auf diesem Gebiete zu einer definitiven Regelung bringen, und durch solche Verständigung einen begründeten Ausdruck der, in den heutigen und Stimmberichtigten sich feststellenden Ansichten abgeben. Auf einer Basis gründlicher Prüfung und Kenntniß wird nicht jenes improvisirte Wesen, das so oft in der Willkür Einzelner seinen Ursprung findet, und — sind diese einflussreich — die Urtheilslosen mit sich fortreißt und die Gemeinden bedroht, sich tummeln dürfen, und in leichtfertigen Versuchen das Gesamtleben des Judentums antasten. So wird eine Einheit der religiösen Gestaltungen sich entwirken, die für das jüdische Gemeindeleben so dringend zu wünschen ist.“

Wir können der Idee des hiesigen jüdischen Gemeindevorstandes nur einen günstigen Erfolg voraussehen, da gewiß wohl alle Gemeinden eine ihre Interessen lediglich fördernde Behörde willig unterstützen werden. Auch der Staatsregierung kann eine solche Behörde, welche die frühere, die Verwaltungsbehörden nur belästigende, Zerstörung und Verwirrung gründlich befreiten muß, nur willkommen sein. Die Feststellung der Hauptpunkte für das Statut der künftigen Central-Behörde soll durch Vertrauensmänner in Königsberg, Posen, Breslau, Köln und Berlin erfolgen.

Breslau. — Hier wurde vor Kurzem ein Mädchen in dem jugendlichen Alter von 13 Jahren bei einer Dieberei ergriffen, in Folge welcher ermittelt wurde, daß dieselbe früher schon vermitteilt eines von ihr selbst zurechtgefügten Nachschlüssels aus einem Schrank die Summe von beinahe 50 Thaler gestohlen und in wenigen Wochen durchgebracht hatte. — Der Probst v. Ketteler zu Berlin durfte, Nachrichten aus Gaeta zufolge, die meiste Aussicht haben, die Bischofsstelle in Mainz zu erhalten.

Erfurt, Mittwoch, 20. März, Nachmittags 3 Uhr. (Telegr. Depesche d. Nat.-Z.) General v. Radowits verliest die Eröffnungs-Botschaft. Der Inhalt ist ein schmuckloses historisches Referat. Nach denselben werden Hannover und Sachsen als zum Bündnis gehörig betrachtet, ihre Abgeordneten zur beschlußfähigen Zahl eingerechnet. Oldenburg und Hansestädte behalten vorläufig gesetzte Handels-Verhältnisse. Im Staatenhause übernahm Eichhorn den Vorzü als Alterspräsident, dann wurde v. Auerswald provisorisch gewählt, und die Geschäftsordnung angenommen. Im Volkshause fand nur eine Ausloofung der Abtheilungen statt, und wurde (nach der C.-Z.) der Graf Frankenberg zum Alterspräsidenten gewählt.

Düsseldorf, Mittwoch, 20. März, Nachmittags 5 Uhr 35 Minuten. (Telegr. Depesche d. Nat.-Z.) So eben ist der Prozeß der Mat-Angestalten entschieden. Von denselben wurden 12 freigesprochen, über 8 das Schuldig ausgesprochen. Diese wurden zu 5 Jahre Zwangsarbeit, lebenslanger Polizeianhaft, Verlust der Nationalstolde, solidarisch zur Tragung der Kosten verurtheilt, und vom Militärstande ausgestoßen.

Frankfurt, den 16. März. (Berl. N.) Wer gestern an unserer Börse den panischen Schrecken sah, den die Nachricht vom Sieg der Roten bei den Eisack-Wahlen in Paris, auf unsere Gelbmacht hervorbrachte, der müßte die Überzeugung gewinnen, daß dieses Ereignis von großer Tragweite sei. Wenn wir es nicht Muthlosigkeit bei der Börse; die Börse hat Muth, denn wer sein ganzes Vermögen heute in Staatspapiere steckt, den kann man eher der Tollkühnheit, als der Muthlosigkeit bezüchten. Aber die Börse hat trübe Ahnungen, und da sie auch keine Fühlhähne hat, so ist das bedenklich. Die Börse weiß so gut, wie die rothen Sieger in Paris, oder wie die bestürzten Ordungsmänner daselbst, daß für jetzt dieses Wahlresultat kein besondere Bedeutung hat für die großen Dinge, die sich vorbereiten. Allein die Börse fühlt, daß dieser Sieg eine moralische Erstärkung für die Partei des Umsturzes in Frankreich ist, und diese moralische Erstärkung ist wichtiger, als die gegenwärtige numerische. Trotz der großen Majorität der Nationalverfassung ist die Lage Frankreichs dennoch trostlos. Alles drängt zur Entscheidung, denn die Unbehaglichkeit in der Gesellschaft ist kaum mehr zu ertragen. Man weiß kaum mehr recht, wer in diesem Lande das Ruder führt, welches System das herrschende ist, und welche Wünsche man zum Frommen des Landes hegen soll! Die Conservativen verwünschen die Republik, und wissen doch nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen; die Umsturzpartei hebt sie hervor, um sie in Blut und Anarchie zu entzünden. Die Monarchie wäre eine Rettung, aber sie tritt in Frankreich dreiköpfig auf, und verdeckt die angstlichen Gemüther. Wenn man also annimmt, daß das gegenwärtige Wahlgesetz die Katastrophe fordert, so hat die Börse allerdings Grund genug, zu zittern.

Hier fangen bereits die freuden Diplomaten an, in die Deutschen Angelegenheiten hinein zu reden, ein Beweis, daß sie schlechte Begriffe von unserem selbstständigen Deutschland haben. Lord Cowley, der Englische Gesandte, und Fürst Goritschakow, der Quasirussische Gesandte (derselbe hat immer seine Creditur nicht förmlich überreicht), dringen in die Bundes-Commission, die Schleswig-Holsteinsche Frage zu lösen, nicht auf dem Wege eines neuen Interimstitutums, das Präsident Wollpracht vorbereitet soll, sondern auf dem Wege des definitiven Friedens, auf der Basis der Englischen Vorschläge (Trennung der Herzogthümer, selbstständiges Schleswig). Hinter den Diplomaten dieser mächtigen Reihe steht der Dänische Gesandte, der ebenfalls von der Bundes-Commission nicht anerkannt ist, der aber offiziös intrigirt. Glücklicherweise liegt die Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit in Preußens Hand, und die Bundes-Commission kann nur vollziehen,

was Preußen in dieser Sache beschließt. Aber nichtsdestoweniger ist das Gewicht, das die genannten Diplomaten in die Wagschale werfen, nicht ohne Bedeutung, um so weniger, weil sie auf der Österreichischen Seite der Bundes-Commission ihre Bundesgenossen haben. Wenn es also gelingen sollte, die Erneuerung der Feindseligkeiten aufzuhalten, so könnte es der Fall sein, daß Dänemark hier Siege gewinnt, während es in den Herzogthümern den Friedlichen spielt.

Heute ist hier Jubel unter den Großdeutschen, denn eine telegraphische Depesche aus München besagt, daß Österreich sich dem Baiern-Württembergisch-Sächsischen Bunde angeschlossen habe. Für die Bundesstaatspartei war diese Nachricht gleichgültig, denn man wußte, daß Österreich die 19 Artikel des 27. Februar dictirt hat, und daß es die drei Könige nur vorschob, damit es, Preußen gegenüber, mit Nachdruck unterhandeln könne. Aber den Jubel der Großdeutschen begreifen wir nicht, denn ohne Preußen ist dieses Bündnis ein leerer Schatten, und beteiligen dabei kann sich Preußen nicht, ohne seine ganze Deutsche Politik lächerlich zu machen. Genehmigt aber Preußen für die ganze Bundesstaats-Union den Vertrag vom 27. Februar, so ist für das Großdeutschthum nichts gewonnen, und für den Bundesstaat nichts verloren.

Österreich.

Wien, den 18. März. (Berl. N.) Von dem panischen Schrecken, welchen das Französische Wahlergebnis erzeugte, hat man sich in etwas wieder erholt. Andererseits aber wirken die Nachrichten von der Stärke und Schlagfertigkeit der an der Polnischen Grenze aufgestellten Russ. Armee herabstimmend. Auch die in Animosität gegen Österreich sich überbietenden Artikel der Preußischen Presse sind nicht geeignet, die Besorgnisse vor möglichen Conflicten zu verscheuchen.

Wien, Mittwoch, 20. März, Nachmittags 3 Uhr. (Telegr. Depesche d. Nat.-Z.) Die Englische Flotte hat den Pyräus nicht verlassen.

Schweiz.

Bern, den 15. März. Die meisten polnischen Flüchtlinge sezen sich zur Abreise nach England in Bewegung, woselbst sie sich nach der Türkei oder Amerika einschiffen, im Falle sie in den britischen Steichen nicht Beschäftigung finden. Es hat sich daher in Bern ein Comité gebildet, um denselben Reiseunterstützung zu verschaffen, und die eidgenössische Postverwaltung gewährt ihnen in den Postwagen Gratisplätze bis nach Besançon. Von Genf nach Paris ist denselben ebenfalls die Benutzung der Eisenbahnen unentgeltlich gestattet. Mit den Ungarn verhält es sich ebenso. Das eidgenössische Justiz- und Polizei-Departement macht die Stände auf diesen Unstand aufmerksam. Um die Abreise dieser Fremdlinge zu erleichtern, können auch bei den verschiedenen Kreispostverwaltungen unentgeltliche Freiplätze in den engen Postwagen verlangt werden. Alles oben Erwähnte gilt auch für die deutschen Flüchtlinge, welche entschlossen sind, sich über Besançon nach England oder Amerika zu begeben, und die nötigen Reisemittel dazu nicht besitzen. Auch sie erhalten Freiplätze in den eidgenössischen Fahrposten von Bern nach Besançon.

Freiburg, den 15. März. Die Armenhäuserkapelle in Freiburg ist jetzt vollständig demolirt worden. Bei Durchsuchung der Gewölbe fand man noch die meisten Holzinstrumente, das Rad, die Bank, sowie menschliche Gebeine und einen noch blutigen Kopf, der unbedingt geblieben und wahrscheinlich der des letzten 1832, zum Tode Verurtheilten gewesen ist. (Berl. Nachr.)

Frankreich.

Paris, den 17. März. (Köln. Ztg.) Nach dem „Bulletin de Paris“ wird Dupin bei Erneuerung des Bureau's nicht wieder zum Präsidenten der Versammlung gewählt werden; die Majorität scheint vielmehr darüber einig, ihm wegen seiner Art von Opposition gegen das Unterrichtsgesetz Odilon Barrot zum Nachfolger zu geben. — Im Ministerium der Justiz wird jetzt eine Schrift über die Vagno's und Gefängnisse ausgearbeitet, welche angeblich einem Gesetzentwurf über die Reform der Straf-Institutionen, den man der National-Versammlung vorlegen will, zur Grundlage dienen soll. — Die heutige Nummer des „Napolcon“ enthält nachstehenden wichtigen Artikel, aus welchem klar hervorgeht, daß der Präsident der Republik entschlossen ist, im Verein mit der Majorität der Nationalversammlung der sozialistischen Bewegung zu widerstehen und derselben keineswegs, wie Anfangs einige Journale behaupten, Concessions zu machen. „Die Pariser Wahl ist ein in die Tiefe der Gesellschaft gefallener Lichtstrahl. Das Nebel hat sich offenbart, und vor dieser Offenbarung sind alle politischen Zwistigkeiten verschwunden. Der Präsident der Republik, die Ehre einer hochherzigen Initiative für sich in Anspruch nehmend, hat sich mit allen Erfahrungen und allen Aufopferungen umgeben wollen. An der Bereitwilligkeit, mit der die bedeutendsten Männer dieser Aufforderung entsprochen haben, konnte man die wahre Liebe Vaterlandes gewisser Parteien erkennen, die so oft geheimer Nebenabsichten beschuldigt wurden, so wie die gewisser Staatsmänner, denen man persönliche Pläne zuschrieb. Der Präsident der Republik hat selbst in edelmuthiger Weise die eingebildeten Vorfälle Lügen gestraft, die man niemals dem durch die Republik in sein Vaterland zurückgekehrten und durch den Nationalwillen zur Regierung berufenen Verbannten hätte unterschieben sollen. Von beiden Seiten hat man bei der Trennung dieselbe Selbstverlängung und denselben Eifer für die sozialen Interessen gezeigt, die gegenwärtig zu den vorherrschenden politischen Interessen werden. Die Wahl vom 10. März hat das Band der beiden großen Staatsgewalten enger geschlossen und ihre Eintracht besiegt. Das ist nicht das erste Mal, daß unklinge Gegner der Sache dienen, die sie bekämpfen wollen. Dieses Resultat verringert bedeutend die Ministerfragen, mit denen die Journale sich so sehr beschäftigen. Es handelt sich nicht darum, zu wissen, wer Minister sein wird, sondern darum, was das Ministerium im Eingerahmen mit der Nationalversammlung thun wird. Wir können nicht zum Voraus von den Entscheidungen der Regierung und der Versammlung sprechen: was wir mit Vergnügen constatiren, ist ihre vollständige Harmonie, ihr Vetteifer, der Gesellschaft alle diejenigen Garantien zu geben, deren sie gegenwärtig mehr als je bedarf, und die sie das Recht hat, den Tag nach einer Übertreibung zu fordern, die zwar durch Nebenumstände herbeigeführt worden ist, die jedoch, wenn man nicht darauf achtet, eines Tages die allgemeine Sache der Ordnung und der Civilisation in Gefahr bringen könnte.“ — Am Schlusse eines anderen betrachtenden Artikels über die allgemeine Lage heißt es: „Wenn die Regierung Fehler begangen hat, so ist sie bereit, dieselben anzuerkennen; denn sie will nur das Gute und strebt nach keinem anderen Ruhme, als nach dem, das Land zu retten!“ — Es geht hieraus hervor, daß der Präsident der Republik sich mit den Führern der Majorität ausgesöhnt und sich ihrer Mitwirkung zur Errichtung energischer Widerstandsmaßregeln versichert hat. — Man liest sehr im „Napoleon“. „Die allgemeine Leitung der Europäischen Dema-

gogie ist einem Comité, das cosmopolitische genannt, übertragen, welches aus 10 Mitgliedern besteht. Unter diesem Comité steht das Comité der Völker. Das cosmopolitische Comité, welches bis jetzt in der Schweiz seinen Sitz gehabt hat, ist ein Verein demagogischer Führer der verschiedenen Länder, welcher die anarchischen Bestrebungen von ganz Europa leitet. Das Comité der Völker besteht aus Commissionen, welche in jedem Staate unter dem Befehl des cosmopolitischen Comité gebildet werden, um Propaganda zu machen. Viele dieser Commissionen sollen schon organisiert sein; man glaubt jedoch nicht, daß sie viele Anhänger haben, da der größte Theil der Revolutionärs den geheimen Gesellschaften nicht traut."

Paris, Dienstag, 19. März, Abends 8 Uhr. (Telegr. Depesche d. Nat.-Z.) Nachstehende Regierungsvorlagen werden erwartet: Erhöhung der Journalkution, Verbot der Wahlversammlungen, strenge Fremden-Bill, Wiedereinführung des Jurygesetzes von 1835.

Großbritannien und Irland.

London den 16. März. Das in Dublin erscheinende Blatt "Freeman's Journal" und Herr John O'Connell, bisher als die heftigsten Widersacher der Lord-Stathalterchaft von Irland bekannt, erheben jetzt ihre Stimmen am lautesten an der Spitze ihrer, welche gegen die Abschaffung jener Würde eisern. Sehr verbreitet scheint übrigens bis jetzt die Opposition gegen die beabsichtigte Maßregel der Regierung nicht zu sein. — Lord Clarendon hat in Gemäßheit der neuen, gegen die Partei-Umzüge gerichteten Akte eine Proklamation erlassen, worin er vor ungeschicklichen Demonstrationen am St. Patricks-Tage warnt und die Behörden auffordert, die geeigneten Schritte zu ergreifen, gesetzwidrige Versammlungen zu verhindern und die Vertreter des Gesetzes zur Strafe zu ziehen. — Am vorigen Donnerstag fand in Preston eine Versammlung zur Besprechung der Zehn Stunden-Bill statt, welchen auch verschiedene Fabrikherren besuchten, was bei ähnlichen Zusammenkünften an jenem Orte bisher nicht vorgekommen war. Die gefassten Beschlüsse waren durchaus im Sinne der Bestrebungen Lord Ashley's. — Die Königin hat der Frau des Dichters Thomas Moore eine jährliche Pension von 100 Pfds. St. ausgeföhrt, in Betracht des literarischen Verdienstes ihres Gemahls und seines schwachen Gesundheits-Zustandes.

In der gestrigen Oberhaus-Sitzung, für welche Interpellationen Lord Stanley's über die griechische Frage angelangt waren, ward dieser von Lord Lansdowne erucht, sich nicht in eine allgemeine Diskussion über den erwähnten Gegenstand einzulassen, indem die Verhandlungen mit der griechischen Regierung noch schwierig seien, sondern seine Fragen auf wirklich oder angeblich vorgefallene Facta zu beschränken. Lord Stanley kann nicht umhin, diesem Verlangen zu willfahren, behält sich aber die allgemeine Diskussion für eine spätere Gelegenheit vor. "Wenn", fragt er darauf, "die Beziehungen zu Griechenland wirklich so kritischer Natur gewesen, warum habe man so lange gezögert, Hrn. Wyse von der Annahme der französischen freundschaftlichen Dienste in Kenntnis zu setzen? Am ersten oder zweiten Tage der Session habe es geheißen, daß französische Anerbitten sei angenommen worden, und doch habe die Blofade nicht in ihrer ganzen Strenge am 1. März fortgedauert. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei es mehr als je zu wünschen, daß ein gutes Einvernehmen zwischen England, Frankreich und Russland walte; allein es sei nicht wahrscheinlich, daß die beiden genannten fremden Mächte es ohne Missfallen aufnehmen würden, daß man so viele Zeit habe vorstreichen lassen, ehe jene Vermittelung in Athen angekündigt worden sei." Schließlich fragt der edle Lord, ob der am 19. Februar in Athen angekommene Courier Hrn. Wyse nicht jene Nachricht überbracht habe. Lord Lansdowne erwidert, Frankreich habe das erwähnte Anerbitten erst am 5. Februar förmlich gemacht und an jenem Tage habe der Courier, welcher am 19. in Athen eintraf, London verlassen. Lord Palmerston treffe demnach kein Tadel, und es sei keine Zeit verloren worden, um der unangenehmen Lage der Dinge in Athen ein Ende zu machen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 11. März. Die Dänischen Blätter vom heutigen Tage bringen eine "Einladung zur Errichtung eines Denkmals für Adam Oehlenschläger", welche von den angesehensten Männern in Staat und Kirche, in Kunst und Wissenschaft unterzeichnet ist.

Spanien.

Madrid den 12. März. Dieser Tage waren hier Gerüchte über eine bevorstehende Umgestaltung des Ministeriums verbreitet, die sich jedoch als unbegründet erwiesen. General Cordova, der neue General-Capitain von Madrid, ist eingetroffen und hat seinen Posten angetreten. Der militärische Gouverneur der Hauptstadt, General Collange, hatte seine Entlassung eingereicht; sie wurde jedoch nicht angenommen und er bleibt vorläufig auf seinem Posten. Mit Cordova soll er im besten Einvernehmen stehen.

Locales &c.

Schwurgerichts-Sitzung.

Posen, den 21. März. In der gestrigen Sitzung kam, nachdem die schon gemeldete Sache wider Olszewski und Gen. zu Ende gebracht worden, die Anklage wider den Schuhmacher Jakob Franki aus Rogojen wegen Majestätsbeleidigung zur Verhandlung. Als Vertheidiger des Angeklagten fungirte der Rechtsanwalt Emil Brachvogel aus Rogojen.

Am Geburtstage des Königs im vorigen Jahre fanden in Rogojen verschiedene Feierlichkeiten, namentlich auch eine Illumination, statt. Bei dieser Gelegenheit war auch das Kreisgerichtsgebäude erleuchtet und hinter einem Fenster im zweiten Stock ein in Öl gemaltes Porträt des Königs ausgestellt worden. Neben dem Kreisgerichtsgebäude befindet sich eine Schänke, in welcher an jenem Tage viel Verkehr von Schülern, welche von dem stattgehabten Festschießen heimgekehrt, stattfand. Unter den Letzteren befand sich auch der Angeklagte, welcher sich jedoch wiederholentlich auf die Straße begab und hier auf das gedachte ausgestellte Bild des Königs geschossen, es auch getroffen und durchlöchert haben soll, wobei er zugleich ausgerufen: "Polen soll leben", und "der König von Polen soll leben." Die Staatsanwaltschaft hat hierin eine Ehrfurchts-Verlegung gegen die Majestät des Königs gefunden.

Der Angeklagte stellt das Faktum in Abrede, er will, wie damals von den verschiedenen Schülern zu wiederholten Malen geschehen, allerdings seine Büchse auf der Straße abgeschossen haben, aber ohne zu zielen und ohne die Absicht, etwa das Königliche Bild zu treffen, gehabt zu haben; seine Reden hätten darin seinen Grund, daß er damals Schützenkönig gewesen und man ihn im Scherz den König von Polen genannt habe. Die Vernehmung der Zeugen Schendel,

Drechsler und Busse fest es außer Zweifel, daß der Angeklagte zwei Mal nach dem Bilde des Königs geschossen, das erste Mal es gefehlt, das zweite Mal aber, nachdem er nach Schützenart scharf gezielt, es getroffen, so daß die Scheibe des Fensters klirrend zersprungen und im Bilde selbst ein Loch neben dem Kopfe alsbald zu bemerken gewesen wäre. Der Zeuge Schendel bekundet aber zugleich, daß der Angeklagte so betrunken gewesen, daß er immer hin und her getaumelt.

Die Vertheidigungsrede des R. A. Brachvogel zeichnete sich, namentlich in ihrem ersten Theile, durch Klarheit und Schärfe aus, und erregte besonders durch die Deduktion, wonach in der vorliegenden Handlung, selbst wenn sie, was nicht der Fall sei, erwiesen wäre, eine Majestätsbeleidigung nicht zu finden sei, großes Interesse. Die Geschworenen verkündeten nach kurzer Beratung das Nichtschuldig, dem die Freisprechung durch den Gerichtshof folgte.

Nach einer kurzen Unterbrechung begann am Nachmittage die Verhandlung gegen den Viehhirten Jóhan Szczepkowski wegen Rothzucht, die derselbe an einem 11-jährigen Mädchen verübt haben soll. Der Angeklagte, der ganz das Wesen, Sprache und Haltung eines halb blödhaften Menschen hat, ist außergerichtlich der ihm schuldgegebenen Handlung geständig gewesen, widerrief aber das Geständnis heute. Die Beweisaufnahme läßt über das Faktum keinen Zweifel, und es ergibt denn auch, wie sehr sich auch der Vertheidiger des Angeklagten, J. R. Döniges, bemüht, die Unschuld oder doch die Unzurechnungsfähigkeit seines Defendenden darzuthun, das Schuldig der Geschworenen. Da in dem Aussprache derselben gleichzeitig auf die desfalls vorgelegte Frage ausgesprochen worden, daß der Angeklagte sich im Zustande verminderter Berechnungsfähigkeit befunden, so beantragte der Staatsanwalt nur eine einjährige Zuchthausstrafe; der Gerichtshof trat dem jedoch nicht bei, sondern verurtheilte den Angeklagten zu 5 Jahr Zuchthaus.

Am heutigen Tage wurde mit der Verhandlung gegen den Lehrer Ludwig Körner, wegen Theilnahme am Aufmarsch begonnen. Demselben werden die gewöhnlichen Vorwürfe der Aufforderung zur Bewaffnung und Gesellung zu den Insurgenten im Frühjahr 1848, gemacht. Die Beweisaufnahme hat kein für den Angeklagten nachtheiliges Resultat, so daß der Staatsanwalt selbst das Nichtschuldig beantragt, was von den Geschworenen demnächst auch verkündet wird.

= Aus dem Bucker Kreise. Aus dem Wahlkreis am 16. b., an welchem sich die Polen theilweise gar nicht beteiligten, gingen folgende Wahlmänner hervor: Herr von Poncet auf Alt-Tomysl, Kreisgerichts-Rath v. Dresler aus Grätz, Eigentümer Schubert aus Zimitower-Hauland; der vierre Wahlmann ist Referent nicht bekannt geworden. Sämtliche Wahlmänner sind von ihren Mitbürgern auch schon früher vielfach zu diesem Amte gewählt worden und gehören der constitutionellen Partei an.

Eine zweite Wahl steht dem mit Kreis Samter für die zweite Kammer zusammenwählenden Theil von Bük binnen Kurzem ebenfalls bevor, da an Stelle der ausgeschiedenen Deputirten, welche Amtsnahmen, die Verfaßung zu beobachten, eine Neuwahl stattfinden muß. Möge auch diesmal die Einigung der Deutschen Wahlmänner über die ihrerseits aufzustellenden Candidaten so rasch und freundschaftlich geschehen, wie solches seit längerer Zeit zwischen beiden Kreisen der Fall zu sein pflegte.

Seit kurzer Zeit hört man in der Gegend von Grätz mehrfach über gewaltsame Einbrüche klagen; dieselben treffen in der Regel einzeln wohnende Landleute, sowohl Deutscher wie Polnischer Nationalität, und scheinen von einer organisierten Bande verübt zu werden. In der Regel haben sich die Verbrecher das Gesicht geschwärzt, erscheinen meist in großer Anzahl, so z. B. bei dem vor wenig Tagen in Schwarz-Hauland verübten Einbruch sollen 11 Mann gewesen sein, und nehmen Alles, was Ihnen brauchbar erscheint, Lebensmittel, Geld, Kleider.

Möchte doch ein energisches Einschreiten Seitens der Behörden die Gegend recht bald von diesem Unwesen, ehe es noch mehr Überhand nimmt, befreien.

5 Birnbaum, den 20. März. Gestern hatte der zehnjährige Sohn des hiesigen Sattlermeisters L... das Unglück, bei'm Schlüsselschlußlaufen auf der dünnen Eisdecke unseres See's einzubrechen. Verschiedene Leute hatten das Unglück bemerkt und machten Lärm, auf welchen sich dann auch eine Menge Menschen am Ufer des See's einfanden. Niemand wollte indeß wagen, den Knaben zu retten, da daß Eis unter den Füßen brach. Selbst der in der Nähe wohnende und schnell herbeigerusene Vater konnte es nicht möglich machen, dem sich an dem Eise festhaltenden und um Hülfe bittenden Kinde zu helfen, obgleich er es mehrmals versucht und bis an den Hals in das Wasser fiel. Mit einem Kahn war die Rettung, bevor nicht erst durchgeföhrt war, eben so unmöglich. Der hinzugeeilte Kreisphysikus Dr. Klujemann sah kaum die Noth, in der sich der Knabe befand, als er, alle Nebenrichtungen an die Seite setzend, auf dem unter seinen Füßen brechenden Eis zu Hülfe eilte. In Gefahr selbst zu ertrinken, gelang es ihm, den Kleinen zu retten und ihn mittelst eines hinzugekommenen Kahnes glücklich an's Land zu bringen. Derselbe Knabe hatte vor mehreren Jahren das Glück, aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes zu fallen, ohne sich dabei zu beschädigen.

Zu der vorigen Woche brannten in dem an der Chaussee gelegenen Dorf Prittisch die zum Dominium gehörigen Viehställe, Scheunen und Speicher ab. Das Vieh wurde gerettet, nur ein Schwein verbrannte; der auf den Speichern sich befindende, sehr bedeutende Getreidevorrath wurde aber ein Raub der Flammen. Auf welche Art das Feuer entstand, ist bis jetzt unbekannt.

** Xions, den 17. März. Nächst den in Nr. 64 dieser Zeitung namhaft gemachten beiden Beamten, hat sich auch der hiesige Kaufmannssohn Herrmann Kunz bei Ermittlung der an dem Poststraße beteiligten Räuberbande, rühmlichst thätig bewiesen, indem er vorzugsweise die dabei gravirten Räuber der Postbehörde anzeigen, wodurch dieselben vor das Forum der Behörden gestellt werden konnten.

Vor einigen Tagen hatten wir hier eine sonderbare Witterung. Nachdem eines Tages das schönste mildeste Wetter statt fand, so daß die Mücken im Schatten spielten, wechselte die Temperatur so schnell, daß wir uns am folgenden Tage nach Sibirien versetzt glaubten. Jetzt leben wir im tiefsten Winter und der Schnee liegt Fuß, ja stellenweise Ellen hoch, vom Nordwinde zusammengetrieben.

z Bromberg, den 20. März. Durch den hier bestehenden Schutz- und Hülfs-Verein kommt manch geheimes Elend und zugleich manche Schandthat an's Licht, die sonst wohl verborgen geblieben wären. So hatten wir letzens Gelegenheit, die Schilderung folgender ergriffenden Thatfache zu hören. In Trier lebte ein Postsekretair, der mit Hülfe des Versprechens der Ehe ein junges Mädchen versöhnte und

mit ihr ein Kind zeugte. Nachdem jedoch die erste Liebe verbraucht war, zeigte er gegen seine Geliebte große Kälte und wollte von der Ehe nichts mehr wissen; allein zahlte er die durch das Gesetz vorgeschriebenen Alimente. Nach 6 bis 7 Jahren erwachte die alte Liebe, und er zeigte abermals die Neigung, das junge Mädchen zu heirathen. Auch diesmal war ein Kind die Folge eines überreiten Schrittes, und von der Ehe war abermals wenig die Rede; jedoch zahlte er der Geliebten jetzt monatlich 10 Thaler, und versprach die Trauung vollzehen zu lassen, sobald gewisse Umstände, die er vorschüttete, eingetroffen seien würden. Zwischenward ward er aber wegen dienstlicher Vergehen aus dem Dienste entfernt und reiste heimlich hierher zu einem Bruder, der hier Sattlermeister ist. Seine Geliebte hatte jedoch von dem Ziele seiner Reise gehört und unternahm es nun, von Trier nach Bromberg, also circa 130 Meilen, mitten im Winter mit 2 Kindern und ohne genügende Reisemittel zu reisen. Hier gelangte sie gerade an, als die schrecklichste Kälte hier herrschte. Mitleidige Menschen nahmen sie auf und bezeichneten ihr die Wohnung ihres Geliebten. Dieser jedoch stieß sie barsch von sich, wollte von ihr nichts wissen und verstand sich zu keinerlei Verpflichtungen. Da saß nun die Unglücksfrau mit 2 Kindern, ohne Mittel, ohne Bett und Kleidung, in einer fremden Stadt, und bei 29 Grad Kälte. Nur das Mitleid der Nachbarschaft fristete ihr kümmerlich das Leben, bis dem Hülfverein Kunde von ihrem Elende wurde. Dieser hat nun für ein Bett, die nötigste Kleidung und Lebensmittel gesorgt, auch schweden Unterhandlungen mit dem ehemaligen Postsekretair, dem Vater der Kinder, um ihn zu seinen Verpflichtungen zurückzuführen.

= Aus dem Mogilnoer Kreise, den 19. März. In diesen Tagen sind hier 75 Mann, welche zum I. Bataillon des 14. Landwehr-Regiments gehören, ausgehoben worden; sie marschieren mit 100 Mann aus dem Gnesener Kreise nach Bromberg, um von dort nach Weissenfels zu ihrem dort stehenden Bataillon als Ersatz zu stoßen.

Zur Chronik Posens. (Fortsetzung.)

Im Jahre 1737 schwoll die Warthe vom 2. Februar ab so an, daß sie 7 Ellen höher stand, als gewöhnlich. Dieser hohe Wasserstand war jedoch nicht von langer Dauer und richtete keinen erheblichen Schaden an. Im August 1754 trat die Warthe, in Folge unaufhörlicher Regengüsse, über ihre Ufer und verursachte in der Stadt bedeutenden Schaden. In den Jahren 1764, 1765, 1767, 1769 und 1775 waren die Überschwemmungen zwar nicht unbedeutlich, sie kamen aber der Flut von 1780 bei weitem nicht gleich. In diesem Jahre überschwemmte die Warthe im Februar die niedrig gelegenen Stadttheile so weit, daß auf der Gerberstraße, dem Graben und der Wallstraße mit großen Kähnen gefahren wurde. Das Wasser riß 2 Brücken ab und richtete an vielen Orten großen Schaden an. Im April 1785 überströmte die Warthe die unteren Stadttheile, alle Brücken und städtischen Mühlen und führte dadurch einen unermeßlichen Schaden herbei. Diese Flut war eine der bedeutendsten und kam der diesjährigen ziemlich nahe. Von den Überschwemmungen, welche Posen im jetzigen Jahrhundert heimgesucht haben, war die von 1814 bedeutend. Der harte Winter von 1829—30 (findet man in einem Archiv) hatte unsere Warthe mit einer sehr starken Eisdecke belegt, welche, als im März 1830 das Wasser ungewöhnlich anschwoll und man Gefahr für die Wallstraße fürchtete, durch Pioniere gesprengt wurde. Die Wassermasse nahm jedoch täglich zu, so daß sie am 28. März die bedeutende Höhe von 17 Fuß 10 Zoll erreichte, ein Wasserstand, welcher den von 1814 bei weitem überstieg. Das Wasser beßigte die Kehlbalken der Brücke und die südliche Hälfte derselben wurde abgedeckt, um dadurch die Macht der Flut zu schwächen. Ein großer Theil der Stadt war unter Wasser gesetzt, besonders die Fischerei, der Graben, die Wallstraße, Schroda, der fürristliche (Schloß) Garten, der Bernhardinerplatz und ein Theil der Gerberstraße von der Bernhardiner-Kirche bis zu dem Hause No. 396 und konnte nur auf Kähnen passirt werden; der nördliche Theil der Gerberstraße, so wie die Schifferstraße waren ganz unter Wasser gesetzt, so daß ein großer, mit Kohlen beladener Oberfahn an dem Grundstück No. 383 ausladen konnte. Aus dem Kanale trat das Wasser in der Büttelstraße hervor und auch auf dem Markte zeigte es sich bei demselben. Der Verdychowoer Damm wurde an zwei Stellen durchbrochen und führte der Wallstraße, Ostrowek ic. eine große Wassermasse zu. Auf dem Graben stand das Wasser von Osten her bis an das Logengebäude. 1837 den 12. März erreichte die Warthe den höchsten Stand mit 15 Fuß 3 Zoll, so daß die Tragebalken der Wallstraße von der Wasseroberfläche beßigt wurden; am 13. ging es jedoch an zu fallen und am 14. stand es schon auf 13 Fuß. 1841 erreichte die Warthe ganz dieselbe Höhe, blieb aber längere Zeit bei diesem hohen Stande, so daß es noch am 11. und 12. April (den damaligen Ostertagen) den Weg nach dem Eichwalde überschwemmte. Die Überschwemmung von 1845 war den Haupterscheinungen nach der von 1830 ganz gleich. 1846 erreichte das Wasser am 9. März seine größte Höhe mit 15 Fuß 3 Zoll und begann schon am 10. allmälig zu fallen. Es wurden ganz dieselben Stadttheile, wie 1837 und 1841 überschwemmt, und durch die drei letzten Fluten ein nicht unerheblicher Schaden angerichtet. Eine in der Ringmauer um die evangelische Kreuzkirche, und zwar im Hofe der Witwe Nawrocka, angebrachte Tafel zeigt, daß der höchste Wasserstand von 1850 mit 20 Fuß 8 Zoll von 1785 um 2½ Zoll überstieg.

Musterung polnischer Zeitungen.

Die Gazeta polska bringt in ihrer Nr. vom 21. d. M. einen Leitartikel über die Ablösung der bürgerlichen Grundstücke, worin sie aufs Entschiedenste Front macht gegen die Bestrebungen der polnischen Demokratie, die ohne Achtung vor der Geschichte und dem historischen Recht alles Bestehende umstürzen und alle Schichten der Gesellschaft nivelliren wollen. Sie geschieht zwar zu, daß Polen mit der westlichen Revolution im Bunde stehe, jedoch nur in sofern, als es die äußere Erhebung gelte; in Hinsicht auf die inneren Angelegenheiten aber sei die polnische Revolution wesentlich von jener verschieden, und stehe ganz isolirt da; denn in der polnischen Gesellschaft sei das negirende Element durchaus nicht am Platze, da gebe es nichts niederguzreißen, sondern nur Alles und Alles aufzubauen. Die Revolution sei daher nur für die äußere Angelegenheit Polens von Bedeutung, für die innere sei sie verderblich, da müsse nur die Reform in Anwendung kommen, und es sei Aufgabe der Gegenwart, die Gemüther für die Aufnahme der nothwendigen Reformen vorzubereiten, und alle Theorieen im Geiste der Zeit und der Bedürfnisse der Gesellschaft zum klaren Bewußtsein durchzubilden, damit, wenn ein äußerer Aufstoß Polen zur That rufe, es im Innern nicht in Anarchie versinke, sondern sich im Geiste seiner früheren Geschichte leicht und glücklich organisire. Denselben Grundfaß will der Leitartikel auch bei der Ablösung der bürgerlichen Grund-

stücke in Anwendung gebracht wissen; er will, daß auch da die Zukunft unmittelbar an die Vergangenheit angeknüpft, und beide miteinander in Einklang gebracht werden; er stellt als obersten Grundsatz dabei auf: die Achtung vor dem Eigenthum! Er geht auf die Constitution vom 3. März 1791 zurück, und weist nach, wie da der Adel in dieser Augsgelegenheit bereits die Initiative ergreifen, und freiwillig auf seine Vorrechte Verzicht geleistet habe, jedoch unter der nothwendigen Bedingung, daß seine Rechte, welche die Vergangenheit ihm garantire, in der Zukunft geachtet werden. Dieses Staatsgrundgesetz sei der letzte Alt des unabhängigen Nationalwillens gewesen, und müsse als solcher in jedem Falle respektirt werden; dennoch aber sei es eben so sehr Pflicht für den Adel, einen Theil seiner Ländereien den bürgerlichen Wirthen zu übergeben, als es Pflicht für den Staat sei, den Adel angemessen dafür zu entschädigen.

Die Gazeta polska hat sich durch die Nachricht in der vorgestrichen Nummer unserer Zeitung über die in Primitiv erfolgte Verhaftung des Geistlichen Budzynski sehr beleidigt gefühlt; sie meint, aus der Art, wie da der Hergang der Sache erzählt sei, blicke eine so unverkenbare böswillige Absicht hervor, daß man darüber noch Nachrichten aus einer besseren Quelle abwarten müsse, bevor man daran glauben könne.

Dasselbe Blatt theilt aus einem Privathilfe, d. d. Schumla den 12. Febr., mit, daß die Ablösung der nach Afrika hinüber zu schaffenden Gefangenen, welche an jenem Tage habe erfolgen sollen, in Folge der plötzlichen und unerwarteten Weigerung Koszuth's und Dembinski's verschoben worden sei; Beide, und namentlich die Letztere hätten erklärt, sie würden nur der Gewalt weichen, und Achmet Effendi trage Bedenken, Gewalt gegen ihre Personen anzuwenden. Unter den Internirten befindet sich auch der General Wysocki.

Die Gazeta W. Xiestw. Pozn. berichtet in Nr. 67 aus Kalisz v. 9. März: Unter den Russ. Offizieren herrscht allgemein die Ansicht, daß, wenn bei den gegenwärtigen unsicheren Verhältnissen Europas Preußen auf irgend einer Seite in Krieg verwickelt werden sollte, sofort zwei Russische Korps Infanterie in Preußen einzrücken würden, um die Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. So erklärt sich das in Polen allgemein verbreitete Gerücht von dem bevorstehenden Einrücken der Russen in Preußen. Dass dies Gerücht viel Wahrscheinlichkeit hat und daß es sich unter den bezeichneten Umständen leicht verwirklichen könne, dürfte auch daraus hervorgehen, daß der zur Verringerung der bewaffneten Macht in Polen gegebene Befehl wieder zurückgenommen worden. Sollte aber der erste Zusammenstoß für Preußen ungünstig ausfallen, so würde Russland seine Armeen gegen den Feind führen; denn es ist klar, daß Russland die Feinde Österreichs und Preußens auch als seine Feinde betrachtet, und daß es in seinem Interesse liege, sie zu bekämpfen.

Der Dziennik polski meldet in Nr. 67 aus Berlin, daß die katholische Geistlichkeit vom Eide auf die Constitution entbunden und nur verpflichtet sei, denselben ihren Bischofen zu leisten; dagegen müsse die evangelische Kirche dem Könige als dem Oberhaupt der evangelischen Kirche schwören.

Verantw. Redakteur: G. G. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 22. März.

Hôtel de Bavière: Frau Gutsb. Gräfin Plater a. Gora; Frau Gutsb. v. Jarzebska a. Groß Kreutz; Frau Gutsb. v. Dąbrowska a.

Stadt-Theater in Posen.

Sonntag den 24. März: Die Kreuzfahrer; Schauspiel in 5 Akten von Aug. v. Koebke.

Bei dem Comité sind für die Ueberschwemmen ferner eingegangen von: Fr. v. Bnińska 2 Rthlr.; Fr. v. Kowalewska 10 Rthlr.; Fr. Mifulanska 3 Rthlr.; Fr. v. Lipska 3 Rthlr.; Fr. v. Skarzyński 11 Rthlr. 10 Sgr.; Fr. v. Niegolewski 5 Rthlr.; Fr. Lange 1 Rthlr.; Fr. v. Bnińska 11 Rthlr. 10 Sgr.; M. v. Grabowski 5 Rthlr.; Fr. Milkowska 6 Rthlr.; Fr. v. Sadowska 1 Rthlr.; von den Herren Magazinewicz 1 Rthlr.; L. T. Meyer 1 Rthlr.; J. K. Zupanski 15 Sgr.; G. Löwe 1 Rthlr.; B. Löwe 20 Sgr.; Prevost 3 Rthlr.; Lewinsohn 1 Rthlr.; Gebr. Peltijohn 3 Rthlr.; Fr. Szymborska 2 Rthlr.; St. v. Mielistski 2 Rthlr.; Raczkowski 5 Rthlr.; M. Bnińska 2 Rthlr.; (die hier aufgeföhrten 80 Rthlr. 25 Sgr. sind von Herrn Modest v. Grabowski gesammelt).

Außerdem sind an Naturalien noch eingegangen: von der Gemeinde Dusznik 2 Scheffl Kartoffeln und von d. Redakt. der Gaz. Polska 25 Scheffl. Roggen.

Die heute früh erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, Julie geborne Jarkowska, von einem gesunden Knaben, beehre ich mich allen Freunden und Bekannten hierdurch ganz ergebenst anzuziegen. Posen, den 22. März 1850.

E. Maniewski.

Das heute Morgen um 8 Uhr am Unterleibszyphus erfolgte Ableben meines Sohnes Oscar im Alter von 14 Jahren, zeige ich theilnehmenden Freunden und entfernten Verwandten statt jeder besonderen Meldung hiermit an.

A. Bloch.

Bei G. S. Mittler in Posen sind zu haben:

1. Gesetz, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bürgerlichen Verhältnisse. 2½ Sgr.
2. Gesetz, über die Errichtung von Rentenbanken. 2½ Sgr.

Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gericht zu Trzemeszno. Das im Mogilnoer Kreise belegene, dem Rieselmeister Anton Wasilewski gehörige Erbpachts-Vorwerk Stawisko nebst Zubehörungen, gerichtlich abgeschägt, und zwar:

a) den Ertragswert mit 5 pro Cent, zu Capital gerechnet auf . . . 8629 Rthlr. 15 Sgr.

Winagóra; Gutsb. v. Goślinowski a. Kempa; Rechtsamt. v. Giżycki a. Samter; Oberförster Bölk a. Racot; Stud. philos. Kastek a. Breslau; die Partiz. Leonhardt a. Breslau u. v. Lubowicki a. Warschau; Institut Busli a. Włocławek.

Bazar: Die Gutsb. Taczanowski a. Słaboszewo; Niegolewski a. Niegolewo; Kamiński a. Przytulski u. Nepl. Bojanowski a. Pawłowice. Lauf's Hotel de Rome: v. Oglez. Prem.-Lieut. im 8. Inf.-Rgt. a. Posen; Kfm. Wendland a. Berlin; Gutb. Lichtwaldt a. Bednarz; Rechtsamt. Ahlemann a. Samter.

Schwarzer Adler: Die Gutsb. v. Łęski a. Lesznowo; v. Chrzanowski a. Chwałowice; Karcz a. Arkuszewo u. Drz a. Rybitw.

Hôtel de Vienne: Die Gutsb. v. Swinarski u. Karczynski a. Orla u. v. Sokolnicki a. Broża.

Hôtel de Dresden: Die Gutsb. v. Lutomski a. Palka u. v. Myszczenki a. Marcinkowo dolna.

Hôtel de Berlin: Ledersfabrik Moser a. Berlin; Techniker Krause a. Bromberg; Oberförster Lemke a. Weiß.

Krug's Hôtel: Maurermeister Hummel a. Schlopp.

Im Eichborn: Der Wirtschaftsmeister Wreschner a. Eix; die Kauf. Wolf a. Wreschen u. Baruch a. Gostin.

Im Eickkranz: Dekonom Juchs a. Owieczko; Kfm. Friedländer a. Breslau.

Groß Eiche: Doktor Charzewski a. Jawino; die Wächter Wołtowksi a. Brudzewo u. Przybyszewski a. Stroszki; die Gutsb. Niklas a. Szczepanowko u. Nielewicz a. Wilczyn.

Drei Lilien: Restaurateur Walz a. Obrzycko.

Im Schwan: Kfm. G. Friedmann a. Santomysk.

Breslauer Gashof: Mußkus Schneegans a. Wiechow; Hausrat Lindacher a. Gottesgab.

Aug. 25½ Rthlr. Br., 25½ G., Sept.-Okt. 26½ Rthlr. Getreide, große Loco 21—22 Rthlr., kleine 17—19 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—17 Rthlr., pr. Frühjahr 50 pf. 14½ Rthlr. Br. Erbsen, Kochware 30—32 Rthlr., Futterware 27—29 Rthlr. Kübel Loco 12½ Rthlr. Br., 12½ G., pr. März 12½ u. 1½ Rthlr. bez. 12½ Br. u. G., März-April 12½ Rthlr. bez. u. Br., 12 G., April-Mai 11½ u. 11½ Rthlr. bez. u. G., 12 Br., Mai-Juni 11½ Rthlr. Br., 11½ G., Juni-Juli 11½ Rthlr. Br., 11½ u. 1½ Rthlr. bez., 11½ Br., 1½ G. Leinöl loco 11½ a ½ Rthlr., pr. März-April 11½ Rthlr., April-Mai 11½ Rthlr. Mohnöl 15½ Rthlr. Palmöl 12½ a 12½ Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Süßee-Thran 12½ a 12½ Rthlr. Spiritus loco ohne Fäss 13½ u. ½ Rthlr. bez., mit Fäss pr. März-April 13½ Rthlr. Br., April-Mai 13½ u. ½ Rthlr. bez., Mai-Juni 13½ Rthlr. Br., 13½ G., Juni-Juli 14½ Rthlr. Br., 14½ G., Juli-Aug. 14½ Rthlr. Br., 14½ G.

Berliner Börse.

Den 21. März 1850.

	Zins	Brief.	Gold.
Preussische freiw. Anleihe.	5	106½	—
Staats-Schuldscheine.	3½	87½	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine.	—	103½	—
Kur- u. Neumärkische Schuldscheine.	3½	84½	84½
Berliner Stadt-Obligationen.	5	104½	—
Westpreussische Pfandbriefe.	3½	—	90½
Grossh. Posener	4	—	100½
Ostpreussische	3½	—	—
Pommersche	3½	—	95½
Kur- u. Neumärk.	3½	96½	96
Schlesische	3½	—	95½
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	93½	—
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12½
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Aktionen (völl. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	90½
Prioritäts-	4	95½	95½
Berlin-Hamburger	4	—	82½
Prioritäts-	4½	100½	—
Berlin-Potsdam-Magdeburg.	4	—	64½
Prior. A. B.	4	—	92½
Berlin-Stettiner	5	—	101½
Cöln-Mindener	4	95½	95½
Prioritäts-	4½	—	101½
Magdeburg-Halberstädter	4	143	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	83½
Prioritäts-	4	94½	—
III. Serie	5	103½	—
Ober-Schlesische Litt. A.	5	102	102
B.	3½	105	—
3½	103½	—	
Rheinische	—	—	—
Stamm-Prioritäts-	4	—	77
Prioritäts-	4	—	—
v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	65½	65
Stargard-Posener	3½	—	83½

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.



Herren-Hüte
neuester Mode empfohlen
zu sehr billigen Preisen
Gebr. Korach,
Markt 38. d. Rathh. gegenüber.

Herren-Hüte
in neuester Form empfohlen zu billigen Preisen
S. Kantrowitz jun., Wilhelmstr. 21.

ל פ ס כ

Feinen Gries, Mehl, Giergraupe, wie auch
verschiedene Obst- und Fleischwaren sind billig zu
haben beim Restaurateur L. Cassel.

ש ל פ ס כ

So eben angekommene ausgeschälte geräucherte
Rinderbrüste, so wie Fleischwurst empfohlen zu
billigen Preisen
Aron Gran,
Bronkerstraße No. 5.

ל פ ס כ

Ein junger Mensch, welcher Lust hat, die Handlung zu erlernen, findet zum 1. April ein Unterkommen bei D. L. Lubenau Wwe. & Sohn.

Vorwerks-Pacht.

Die zur Grafschaft Przygodzice gehörigen, 12 Meilen von Breslau und 14 Meilen von Posen entfernten Vorwerke Witkiet, ½ Meile von Ostrowo, mit ungefähr 1324 Morgen Acker, 152 Morgen Wiesen, 18 Morgen Gärten; und Krempa an der Stadt Ostrowo belegen, mit Kamienice, ¼ Meile davon entfernt, mit 1924 Morgen Acker, 481 Morgen Wiesen, 23 Morgen Gärten und 74 Morgen Hütten, sollen von Joannii 1850 ab auf 12 oder 15 hintereinander folgende Jahre im Wege der Submission verpachtet werden. Pachtlustige können die Bedingungen vom 31. März d. J. bis 1. Mai 1850 bei dem unterzeichneten Rent-Amt, so wie beim Rechts-Anwalte Gembiński in Ostrowo einsehen und ihre Gebote mit der Nachweisung ihres Vermögens und ihrer Geeignetheit bei dem unterzeichneten Rent-Amt bis zum 1. Mai 1850 versiegelt abgeben oder postfrei einsenden.

Przygodzice bei Ostrowo, den 19. März 1850.

Das Fürstlich Radziwiłłsche Rent-Amt.

in verschiedenen Sorten sind zu haben in der Handlung von J. Alexander,
alten Markt.

Gelbe Kernbutter, das Pfund zu 4½ Sgr., und Pfundbrote bester Qualität sind täglich frisch zu haben bei J. Ephraim, Wasserstr. No. 2.

בָּרְגֶּרְגֵּסְּלַּסְּחַ

Sonnabend den 23. März: Tanzkränzen.
Anfang 7 Uhr.

Bescheidene Anfrage an den Wahlmann

Herrn J. M. Marensse.

Sind Sie bei der durch Acclamation am 16. d. statthabenden Wahl mit 87 oder 88 Stimmen gewählt?

Posen, März 1850.

Zwei Freunde.

Sonnenschirme u.
Marquisen

aller Art zu außerordentlich billigen Preisen empfohlen

Gebr. Korach

Markt 38. dem Rathause gegenüber.